

## Die Menschen wollen in Berlin sicher leben.

### Die AfD hat die dazu erforderlichen Lösungsvorschläge.

Schon lange wissen die Berliner, dass das Leben in ihrer Stadt nicht mehr sicher ist. Nahezu Dreiviertel der befragten Berliner gaben in einer im Juli 2016 durchgeführten INSA-Umfrage an, dass sie sich heute in Berlin weniger sicher fühlen als noch vor fünf Jahren.

Das Jahr 2016, welches mit dem Fanal der massenhaften sexuellen Übergriffe zu Silvester in Köln begann, fand mit dem Terroranschlag am 19. Dezember 2016 in Berlin ein schreckliches Ende. Es war geprägt von einer dichten Abfolge versuchter und teilweise leider auch erfolgreicher islamistisch motivierter Terrorakte. Der Terror hat inzwischen eine Intensität erreicht, wie es sie mindestens seit den Zeiten der RAF nicht mehr gegeben hat. Im Gegensatz zu damals kann jedoch heute jeder Opfer der Terroristen werden, denn sie töten wahllos. Aber auch unterhalb der Terrorschwelle erodiert die öffentliche Sicherheit, indem etwa sexuelle Übergriffe und Wohnungseinbrüche ein erschreckendes Niveau erreicht haben.

Der brutale Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 hat die Schwächen unserer Stadt und die Versäumnisse der Politik noch einmal drastisch unterstrichen.

Dabei haben sich auch genau die mit der bedingungslosen Grenzöffnung in 2015 und dem damit einhergehenden Kontrollverlust verbundenen Risiken realisiert, vor denen Sicherheitsexperten und die AfD immer gewarnt haben. Im Fall Amri bündeln sich noch einmal wie unter einem Brennglas die grundlegenden Defizite der deutschen Asyl- und Sicherheitspolitik: Ein notorischer Krimineller, der ungehindert nach Deutschland einreisen kann, dort ein offensichtlich missbräuchliches Asylverfahren betreiben und auch nach seiner Ablehnung nicht abgeschoben werden kann, der trotz seiner Einstufung als Gefährder frei umherreist und schließlich vor dem Terroranschlag unterzutauchen vermag. Zu kritisieren sind dafür nicht die Sicherheitsbehörden, sondern die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen sie arbeiten müssen.

Die AfD hat daher auf Bundesebene bereits in ihrem im April 2016 beschlossenen Grundsatzprogramm tragfähige und langfristige Lösungen aufgezeigt, so u.a. in Gestalt eines neuen Asylsystem mit Schutzzentren in den Herkunftsregionen und einer Sicherheitspolitik, welche dem Schutz der Bürger eine klare Priorität einräumt. In ihrem Wahlprogramm für Berlin hat die AfD diese zentralen Forderungen um eine Vielzahl von Vorschlägen zur Verbesserung der Sicherheit in unserer Stadt ergänzt.

Die jüngsten Entwicklungen machen nicht nur sichtbar, dass die von der Bundesregierung versprochenen Veränderungen zum guten Teil noch gar nicht vollzogen worden sind, sondern machen die Umsetzung weiterer, zusätzlicher Forderungen unvermeidlich.

Die Berliner Politik hat die Sicherheit der Stadt und seiner Bürger über viele Jahre hinweg vernachlässigt. Aus ideologischen und opportunistischen Gründen wurden wichtige Entscheidungen Berlin sicherer zu machen nicht getroffen oder bewusst immer wieder verzögert. Gesetzesverstöße, wie beispielsweise Drogenkriminalität, organisiertes Verbrechen oder linksextremistische Gewalt wurden teilweise nur halbherzig oder gar nicht verfolgt. Die Folge ist, dass Berlin seit Jahren die mit Abstand höchste Kriminalitätsrate<sup>1</sup> und niedrigste Aufklärungsquote in Deutschland hat.

Jeder weiß, dass es in einer offenen Gesellschaft keine absolute Sicherheit geben kann. Aber jeder Bürger hat das Recht darauf, dass die politisch Verantwortlichen alles Menschenmögliche tun, um die Innere Sicherheit zu gewährleisten und weitere Terrorakte zu verhindern. Die Bürger wollen in Berlin sicher leben. Sie verlangen völlig zu Recht, dass der Staat ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Eigentum schützt.

### **Gegen die rot-rot-grüne Ideologie**

Die neue rot-rot-grüne Koalition ist dieser Herausforderung nicht gewachsen. Sie ist aus ideologischen Gründen weder willens noch fähig, der Forderung der Bevölkerung nach einem klaren Kurs zu entsprechen.

Statt den Schutz der Bürger in den Mittelpunkt zu stellen, sind die sicherheitsrelevanten Teile der Koalitionsvereinbarung von zwei ganz anderen Leitmotiven geprägt. Das erste Leitmotiv ist das tiefe Misstrauen der Linkspartei und der Grünen gegenüber der Polizei und allen Sicherheitskräften. Statt die Polizei personell und materiell entsprechend der dramatisch veränderten Sicherheitslage besser auszustatten, gefallen sich viele linke und grüne Politiker noch immer in erster Linie als Beschützer von Hausbesetzern, Drogenhändlern, illegalen und kriminellen Zuwanderern und Schwarzfahrern. Sie wollen nicht begreifen, dass der Schutz kleiner sozialer Biotope, die unseren Rechtsstaat verachten und aushöhlen, die Sicherheit der ganzen Stadt schwächt und Freiräume für Gewalttäter vom linken und vom rechten Rand sowie aus dem islamistischen Umfeld schafft. Linkspartei, Grüne und Teile der SPD verwechseln Weltoffenheit mit der Erhaltung rechtsfreier Räume.

Die AfD sagt dagegen: wir brauchen eine Null Toleranz Politik gegenüber allen Gesetzesbrechern, egal was sie motiviert und wer sie sind.

Die tiefsitzende Abneigung gegen die Polizei wird in der Koalitionsvereinbarung begleitet von einer gebetsmühlenhaften Beschwörung eines „Kampfes gegen Rechts“. Immer wieder wird im Wunschkatalog von rot-rot-grün das Gespenst einer überbordenden rechten Gewalt heraufbeschworen als stünde Berlin vor einer neuen nationalsozialistischen Machtergreifung. Dabei ist doch spätestens seit dem von der Regierung Merkel-Gabriel verursachten Asylchaos ab August 2016 bekannt, dass die größte

---

<sup>1</sup> Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, Seite 22: [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2016/pks-2015.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2016/pks-2015.pdf?__blob=publicationFile)

Herausforderung für unser Land nicht von irgendwelchen rechten Extremisten ausgeht, so verabscheuungswürdig deren Worte und Taten auch sein mögen. Es sind der islamistische Terror und die organisierte Kriminalität, die unsere Freiheit und unsere Sicherheit in seiner ganzen Brutalität bedrohen. Und es ist die nach wie vor nicht erfolgte Integration vor allem vieler islamisch geprägter Zuwanderer, die immer wieder unseren Rechtsstaat und unser Wertesystem herausfordern und in Frage stellen.

Die Koalitionsvereinbarung zielt in ihrem sicherheitspolitisch relevanten Teilen komplett in die falsche Richtung. Den Preis dafür zahlen die Bürger unserer Stadt und die Opfer der Gewalttaten und anderen Delikten, zu deren Leiden sich der neue Senat kaum äußert .

Eine starke SPD hat in der Koalition mit der CDU manches blockiert, was sicherheitspolitisch sinnvoll gewesen wäre. Eine schwache SPD unter einem noch schwächeren Bürgermeister kann in der Koalition mit Linkspartei und Grünen das für die Sicherheit Erforderliche nicht durchsetzen. Damit ist die gerade erst verabschiedete Koalitionsvereinbarung schon jetzt, schon vor der ersten Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters, das Papier nicht mehr wert, auf dem sie gerade erst gedruckt worden ist.

Die AfD fordert deshalb die Vertreter von zu Rot-Rot-Grün eindringlich auf, zurück an den Verhandlungstisch zu kehren und den falschen Kurs zu korrigieren. Unsere Bürger verdienen mehr als das, was diese Regierung ihnen in Aussicht stellt.

### **Die CDU hat ihre Glaubwürdigkeit verspielt - im Bund und in Berlin**

Doch auch die Berliner CDU kann die Bürger nicht mehr überzeugen. Fünf Jahre lang hat sie in Nibelungentreue zur SPD viel zu viel geschluckt, nur um ihre Posten im Senat zu behalten. Für die Demütigungen durch die SPD will sie sich jetzt rächen, indem sie wenige Wochen nach dem Ausscheiden aus der Stadtregierung wie am Fließband immer neue Vorlagen zum Thema Innere Sicherheit präsentiert. Sie hofft, durch große Lautstärke von ihrer mickrigen Bilanz nach fünf Jahren Regierungsverantwortung in Berlin abzulenken. Sie möchte zugleich, dass die bundespolitische Verantwortung der CDU und von Frau Merkel für das Asylchaos und die daraus erwachsenen großen Gefahren für die Bevölkerung in Vergessenheit geraten.

Die Berliner AfD ist die sicherheitspolitische Alternative zu den Beschwichtigern, Schönrednern und Phrasendreschern auf der linken Seite des politischen Spektrums. Sie ist zugleich die Alternative zur CDU, die immer dann mutig ist, wenn sie nichts umsetzen oder durchsetzen muss oder wenn Wahlen anstehen.

## **Für ein sicheres Berlin - Null Toleranz gegenüber Gesetzesbrechern**

Die Berliner AfD legt auf der Basis ihres Programms, der Beratung mit Fachleuten und dem Gespräch mit zahllosen Bürgern einen detaillierten Forderungskatalog vor. Wir erwarten zudem, dass die Ereignisse, Fehler und offenkundigen Versäumnisse im Umfeld des Anschlags am 19. Dezember 2016 minuziös und zügig mit dem Mut zur Wahrheit aufgearbeitet und die erforderlichen personellen und sachlichen Konsequenzen daraus rasch gezogen werden.

Unser Forderungskatalog zeigt, was aus unserer Sicht geschehen muss, damit die Bürger Berlins und die Menschen, die aus der ganzen Welt unsere Stadt besuchen, wieder wie früher das Gefühl haben, dass man in Berlin sicher leben kann. Wir nehmen die Bedrohungslage ernst. Wir sind nicht bereit, nach dem was geschehen ist, wieder schnell zum politischen Alltag zurückzukehren und den Anschlag vom 19. Dezember 2016 als unvermeidlichen Schicksalsschlag zu verharmlosen. Wir sind überzeugt: Mit unseren Vorschlägen, die auf dem Prinzip der Null Toleranz gegenüber Gesetzesbrechern beruhen, werden wir die Sicherheits- und die Vertrauenskrise in Berlin meistern. Gemeinsam mit den Bürgern und den Sicherheitskräften können wir dafür sorgen, dass Berlin wieder ein Ort der Freiheit und der Sicherheit wird, eine Metropole mit internationaler Vorbildfunktion, auch was die Sicherheit von Bürgern und Besuchern betrifft.

Dabei ist uns die Sicherheit der Menschen, die in Berlin leben, wichtiger als die Befindlichkeiten linker und grüner Ideologen, aber auch wichtiger als die Bewegungsfreiheit und die Bequemlichkeit derjenigen, die erst in der letzten Zeit aus dem Ausland in unsere Stadt gekommen sind und uns bisher unbekanntem Risiken aussetzen.

Wir laden alle Bürger, die anderen politischen Parteien, die Medien und die relevanten Organisationen ein, mit uns über unsere Vorschläge zu diskutieren. Wir suchen Mehrheiten, denn wir wollen nicht länger nur über die falsche Politik lamentieren, sondern die richtige Politik durchsetzen. Die Zeit ist zu ernst, um nur von den Zuschauertribünen das Spiel der politisch Verantwortlichen auszupfeifen. Wir wollen unseren Teil der Verantwortung übernehmen, damit Berlin wieder sicher wird.

## **Maßnahmenkatalog zur Abwehr der Terrorgefahr in Deutschland**

### **I. Einführung**

Terrorismusbekämpfung hat zum Ziel terroristische Aktionen im Vorfeld zu erkennen, zu verhindern und terroristische Vereinigungen oder Einzeltäter zu bekämpfen. Diesem Zweck dienen alle Maßnahmen der Prävention, Abschreckung und rigorosen Strafverfolgung, die im nachfolgenden, je nach Dauer ihrer möglichen Umsetzung, in Sofort-, kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen unterteilt werden.

Dieser Katalog geht bewusst nicht auf Maßnahmen im sozialen Bereich ein, da diese bereits umfänglich, wenn auch noch weitgehend ohne sichtbare positive Ergebnisse durchgeführt werden. Sie müssen einer kritischen Überprüfung unterzogen werden, da sich teilweise erheblicher Wildwuchs gebildet hat und

die Forderungen nach Maßnahmen im sozialen Bereich - z.B. erst jüngst wieder durch die SPD - allzu oft als bloße Ablenkung vom mangelnden politischen Willen zu klaren politischen Entscheidungen missbraucht werden .

## II. Der Maßnahmenkatalog der Berliner AfD

### 1. Sofortmaßnahmen<sup>2</sup>

#### a. Allgemein

- Umfassendes Abschieben nicht aufenthaltsberechtigter Personen
  - + Temporärer Aufnahmestopp für Asylsuchende und Flüchtlinge durch das Land Berlin
  - + Aussetzen des Familiennachzuges
  - + Statistische Erfassung aller Familienangehörigen
  - + Keine Duldung von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten durch das Land Berlin
  - + Massive Ausweitung der Kapazitäten für die Abschiebung
  - + Deutliche Senkung der Hürden bei Abschiebungen
  - + Umfassendes Abschieben nicht aufenthaltsberechtigter Personen
  - + Abschieben aller Gefährder ohne deutsche Staatsbürgerschaft
- Lückenlose Überwachung aller Gefährder mit deutscher Staatsbürgerschaft
- Abschieben aller straffällig gewordenen Asylbewerber und Flüchtlinge, die mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr oder mehr bestraft wurden oder werden
- Verlängerung der Abschiebehaft auf mindestens vier Wochen
- Lückenlose Durchführung medizinischer Untersuchungen bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) zur Feststellung des tatsächlichen Alters
- Sofortiges Schließen auffälliger Moscheen, in denen mit Terror sympathisiert oder in denen Salafismus gepredigt wird
- Lückenlose Überwachung verdächtiger Moscheen
- Predigten in Moscheen dürfen nur noch in Deutsch gehalten werden, solange die Verbreitung von Hassbotschaften nicht ausgeschlossen werden kann
- Überwachung des Islamverbandes DITIB als verlängerter Arm der türkischen Religionsbehörde Diyanet, weil sie innertürkische Konflikte mit Kurden und Gülen- Anhängern in Deutschland befeuert

---

<sup>2</sup> Sofortmaßnahmen sind innerhalb der nächsten drei Monate umzusetzen

- Kündigung der Staatsverträge mit Islamverbänden, sofern kein Bekenntnis zum Grundgesetz und zum Vorrang des Grundgesetzes vor dem Koran in Staat und Gesellschaft vorliegt
- Einführung der elektronischen Fußfessel für Gefährder

#### **b. Polizei/Sicherheitsdienste/Justiz**

- Ausweiten der Videoüberwachung mindestens an Kriminalitätsschwerpunkten der Stadt
- Deutliche Erhöhung der Polizeipräsenz auf Berliner Straßen
- Wahrheit und Klarheit in der Kriminalitätsstatistik (Nennung der Nationalitäten und Erfassung des Migrationshintergrundes)
- Sofortiges Einsetzen einer „Task Force Terrorbekämpfung“ mit nationalen und internationalen Experten, die bis 31.03.2017 ein Konzept zur Terrorbekämpfung und -prävention vorlegt
- Verbindliche Vorlage von an die Terrorgefährdung angepassten, fundierten Sicherheitskonzepten für alle Großveranstaltungen
- Frühzeitiges Einbeziehen der Bevölkerung bei Fahndungsaufrufen

#### **c. Bundesratsinitiativen des Landes Berlin**

- Erweiterung der Zahl der sicheren Herkunftsstaaten, insbesondere Maghreb-Staaten
- Aussetzen des Schengen-Abkommens. Das heißt:
  - + Temporäres Schließen der deutschen Außengrenzen für nicht einreiseberechtigte Personen
  - + Wiedereinführung flächendeckender Grenzkontrollen
- Verlust des Anspruches auf Asyl bei
  - + terroristischen Aktivitäten jeglicher Art
  - + Sexualstraftaten
  - + schwerer Körperverletzung
  - + illegaler Einreise
- Kündigung der Staatsverträge mit Islamverbänden, sofern kein Bekenntnis zum Grundgesetz und zum Vorrang des Grundgesetzes vor dem Koran in Staat und Gesellschaft vorliegt
- Verabschieden eines Einwanderungsgesetzes, zwecks gezielter Auswahl künftiger Einwanderer aus Nicht-EU-Staaten
- Ab einer Freiheitsstrafe von einem Jahr ist für Asylbewerber und Flüchtlinge die Aussetzung zur Bewährung auszuschließen

## **2. Kurzfristige Maßnahmen<sup>3</sup>**

### **a. Allgemein**

- Lückenlose erkennungsdienstliche Erfassung aller Asylbewerber, Flüchtlinge und etwaiger zuziehender Familienangehöriger unter Zuhilfenahme biometrischer Daten
- Verschärfung der Meldeauflagen für auffällig gewordene Asylbewerber und Flüchtlinge
- konsequente Durchsetzung der Residenzpflicht bis zur Einführung von Transitzonen
- Sicherung öffentlicher und belebter Plätze mit Barrieren
- Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum
- Verbot der Auslandsfinanzierung für Moscheen
- Erfassung und gefährdungsorientierte Beobachtung der knapp 1.000 in Deutschland praktizierenden von Diyanet entsandten türkischen Imame
- Verbot des Unterrichts durch aus der Türkei entsandte Lehrer an deutschen Schulen
- Erarbeitung eines Konzepts zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Geheimdienste mit den Polizeibehörden im Inland und europaweit

### **b. Polizei/Sicherheitsdienste/Justiz**

- Wiedereinführung des freiwilligen Polizeidienstes zur Entlastung der Polizei von Routineaufgaben (freiwillige Polizeireserve)
- Ausdehnen der Befugnisse des Landesverfassungsschutzes/Erweiterung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden. Das heißt:
  - + Quellen-Telekommunikationsüberwachung
  - + Online-Durchsuchungen von Computern
  - + Verpflichtung der E-Mail- und Messenger-Dienst zur Speicherung der Nutzerdaten
- Wiederaufstellung der Ermittlungsgruppe „IDENT“ zur Identifizierung von:
  - + Terrornetzwerken,
  - + Netzwerken der organisierten Kriminalität und
  - + zur Trockenlegung der Finanzierungsquellen des Terrorismus und der organisierten Kriminalität
- Verstärkter Ausbau des Berliner Digitalfunks. Entsprechende Novellierung und Anpassung der Bauordnung für Berlin (BerlBauO)
- Einführung biometrischer Erfassungssysteme

---

<sup>3</sup> Kurzfristige Maßnahmen sind innerhalb der nächsten sechs Monate umzusetzen

- Wahrheit und Klarheit in der Kriminalitätsstatistik. Nur wenn die vollständige Faktenlage bekannt ist, kann angemessen gehandelt werden. Das heißt:
  - + Ehrlichkeit in der Veröffentlichung von Vergleichszahlen in der Kriminalitätsstatistik. Migranten-/Ausländerkriminalität z.B. in Bezug zur jeweiligen betroffenen Gruppe setzen und nicht zur Gesamtbevölkerungszahl
  - + Abschaffung politisch korrekter und damit irreführender und verschleiender Begriffe und Namen
  - + Einführung bundesweiter Standards für die Erstellung einheitlicher, aussagekräftiger Kriminalitätsstatistiken
  - + Beteiligung aller Bundesländer an der Statistik des Bundeskriminalamts (BKA) (2015 fehlten Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen „aus technischen Gründen“)
- Erstellen einer Dunkelfeldstudie (nach niedersächsischem Vorbild) über nicht angezeigte Straftaten, um das wahre Ausmaß der Kriminalität in Berlin zu erfassen
- Errichtung neuer Schießbahnen für die Berliner Polizei

#### **c. BVG/DB**

- Deutliche Erhöhung der Zahl der Sicherheitsmitarbeiter bei der BVG und Deutschen Bahn (S-Bahn), in Abhängigkeit vom Verkehrsaufkommen und der Verschärfung der Sicherheitslage

#### **d. Bundesratsinitiativen des Landes Berlin**

- Prüfen des Aufbaus einer bundesdeutschen Heimatschutzbehörde zur Terrorismusbekämpfung und zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens.  
Aufgabe ist die Koordination der Arbeit aller deutschen Sicherheitsbehörden und die zentrale Koordination mit ausländischen Sicherheitsdiensten
- Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bei Extremisten, die die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen
- Abschiebehaf und Ausreisegewahrsam bis zu einem Jahr für Gefährder, die geduldet sind
- Lückenlose Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab dem 18. Lebensjahr
- Herabsetzen des Strafmündigkeitsalters auf 12 Jahre
- Abschaffen der doppelten Staatsbürgerschaft

### **3. Mittelfristige Maßnahmen<sup>4</sup>**

#### **a. Allgemein**

- Einführung zusätzlicher biometrischer Erkennungsmerkmale (z.B. Iriserkennung, DNA etc.)

#### **b. Polizei/Sicherheitsdienste/Justiz**

- Umfassende Modernisierung der Polizeiausrüstung, die sich an Szenarien höchster Intensität, auch im Bereich Terrorbekämpfung, orientiert
- Veränderung und Verbesserung der Polizeiausbildung. Das heißt:
  - + Spezifische Anti-Terrorausbildung für alle Polizisten
  - + Bessere Schulung der Sicherheitskräfte für die von ihnen wahrzunehmenden Aufgaben
- Angleichung der Laufbahn und Besoldung der Berliner Polizei an die Bundespolizei
- Schnellstmögliche Umsetzung des Gesetzentwurfes zur Einziehung illegal erworbener Vermögen
- Schaffen des Zugangs zu polizeilichen und nachrichtendienstlichen Datenbanken aller EU-Staaten
- Schaffen des automatisierten Zugriffs auf DNA-, Fingerabdruck- und Kraftfahrzeug-Registerdaten

#### **c. Bundesratsinitiativen des Landes Berlin**

- Härtere Strafen bei Angriffen auf Ordnungskräfte (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste etc.)
- Bei Personen mit deutscher und einer zweiten Staatsbürgerschaft, die zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wurden, ist die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen
- Nettorückführung. Das bedeutet: Die Zahl der zurückgeführten Personen muss die Zahl der Aufzunehmenden um mindestens 50 % übersteigen, um die derzeit bereits überschrittene Belastungsgrenze wieder zu unterschreiten

---

<sup>4</sup> Mittelfristige Maßnahmen sind innerhalb der nächsten 12 Monate umzusetzen

#### 4. Langfristige Maßnahmen<sup>5</sup>

##### a. Polizei/Sicherheitsdienste

- Schaffung einer Berliner Anti-Terroreinheit zur Prävention und aktiven Bekämpfung von Terrorismus
- Erhöhung der Polizeistärke um mindestens 3.000 Polizisten

##### b. Justiz

- Erhöhung der Zahl der Haftplätze für den geschlossenen Vollzug
- Reform des Berliner Justizwesens mit der Absicht „Strafe folgt auf dem Fuß“. Das heißt:
  - + Abschaffung der Hauptabteilung Vollstreckung der Staatsanwaltschaft Berlin, stattdessen Rückübertragung der Vollstreckungsaufgaben auf die Ermittlungsabteilungen
  - + Abschaffung der Amtsanwaltschaft Berlin als selbständiger Behörde - Reintegration der Amtsanwälte in die Staatsanwaltschaft
  - + Landesweite Umsetzung des „Neuköllner Modells“ zur schnellen Verfolgung von Jugendkriminalität, um kriminelle Karrieren junger Menschen schon zu Beginn zu unterbinden
  - + Abschaffung der Jugendabteilungen, Vermeiden der Entwicklung eines Eigenlebens mit der Tendenz der Bagatellisierung auch schwerer Straftaten
  - + Wiedereinführung der Regel „Alt frisst Neu“ - neue Verfahren werden von dem Dezernenten bearbeitet, der bereits ein unerledigtes Verfahren gegen einen Beschuldigten führt
  - + Deutliche Verstärkung der Geschäftsstellen und der Schreibdienste, um Juristen und ausgebildetes Justizpersonal sach- und fachgerecht für ihre eigentlichen Aufgaben einsetzen zu können
  - + Grundsätzliche Neuordnung der Zuständigkeiten, Anpassen der Geschäftsverteilungspläne von Staatsanwaltschaft und Polizei so, dass sachliche und örtliche Zuständigkeiten übereinstimmen

Berlin, den 5. Januar 2017

---

<sup>5</sup> Langfristige Maßnahmen sind innerhalb der aktuellen Legislaturperiode (Sommer 2021) umzusetzen